

I. Teil - Einführung

Was ist Politik?

- Gesellschaftliche Entscheidungsfindung
- Verschiedene Systeme: Demokratie, Diktatur, Monarchie
- Weg zur Lösungsfindung: Sicherheit, Volkswirtschaft
- Interessengruppen: z.B. Arbeitgeber, Autofahrer
- Themen:
 - Dinge von nationaler Bedeutung
 - Ermöglichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Freiheit, Sicherheit, Versorgung)
 - Sicherstellung der Grundbedürfnisse

Was wird Thema der Politik?

- Privates
 - Nicht Gegenstand der Politik
- Öffentliches
 - **RES PUBLICA**
RES = Angelegenheit
Publica = Öffentlichkeit
→ führte zum Begriff Republik
 - Gegenstand der Politik
 - Bereich wird immer Grösser
 - Etwas wird Res Publica wenn es der Souverän (Volk, Parlament, Diktator) beschliesst
 - Res Publica verändert sich über die Zeit
 - z.B. Frauenstimmrecht kam dazu: Familienstruktur änderte sich; im 2. Weltkrieg übernehmen Frauen Männerarbeiten; Haushalt ist in den 70ern nicht mehr Vollzeitbeschäftigung (grössere Produktivität)

Welche Hauptparteien streiten sich um das Gesellschaftsbild?

- Sozialismus
 - Staat als gesellschaftliches Auffangnetz
 - Solidarität, nicht unbedingt persönliche Freiheit
- Liberalismus
 - wenig Staat
 - Jeder ist selber verantwortlich
 - Freiheit des Individuums
 - Der Gesellschaft geht es am Besten wenn jeder seine Eigeninteressen verfolgt
 - Chancengleichheit (nicht Vorrechte von Geburt weg wie im Feudalismus)

1. Zielsetzung

- Fähigkeit zur vertieften Analyse und Prognose politischer Entwicklungen, Prozesse und Ereignisse im internationalen und nationalen System
 - Politische Phänomene soll man quantifizieren und analysieren, nicht emotionalisieren und moralisch beurteilen
 - Beispiel: Erfolg der SVP
 - Ursachen:
 - Klare Werbung, einfach, klare Position
 - Isolationismus
 - Profil der Persönlichkeiten
 - Positionen der SVP:
 - Ausländerpolitik (hier Erfolg der SVP gross)
 - weniger Staat (hier wenig Erfolg der SVP)

- Auswirkungen:
 - Starke Position in den Parlamenten
 - Zwei Bundesräte
 - Erfolgsrezept macht Schule (FDP und CVP machen das nach)
 - Polarisierung SP – SVP (Evtl. Oppositionssystem wie in Deutschland und keine Konkordanz-Regierung mehr)
 - keine EU-Mitgliedschaft
- Verstehen der Grundlagen des modernen Staates und der Politik als determinierende Systeme der Wirtschaft
- Verstehen der Grundlagen und der Funktionsweise des politischen Systems der Schweiz im Vergleich
- Verstehen der Chancen und Risiken des politischen Systems der Schweiz und Fähigkeit zur kritischen Beurteilung der verschiedenen Reform-Möglichkeiten

2. Entstehung der Politik und Demokratie / Effizienz und Legitimität

- **Athen**
 - Erste Res Publica
 - „Die Stadt schlechthin.“ → Athen war die „Polis“ → Entstehung des Begriffs „Politik“ (Hommage an Athen)
 - Griechische Philosophen Sokrates und Platon haben sich als erste Gedanken über die Politik gemacht
 - Wie muss eine Gesellschaft organisiert sein damit sie erfolgreich ist: 2 Aufgaben (ursprüngliche archaische Ziele):
 - **Versorgung** (Marktplätze, Währung)
 - **Sicherheit** (Armee rekrutieren zu können)
 - Die Philosophen erkennen das grösste Problem: Zwei Dinge muss der Staat erfüllen. Diese stellen aber ein Dilemma dar. Die Erfüllung des einen beeinträchtigt das andere:
 - **Effizienz vs. Legitimation**
 - **Effizienz**
 - sehr **schnell Entscheidungen** treffen zu können: Krieg oder Frieden (Die Schweiz hat dieses Problem mit der Neutralität gelöst, so muss sie sich nicht an Kriegen beteiligen)
 - **Legitimität**
 - Politik muss sich **gegenüber dem Volk rechtfertigen** können
 - Bei der Politik handelt es sich um eine Zwangsmemberschaft → Austritt ist fast nicht möglich, deshalb ist wenn man unzufrieden ist nur eine Revolte möglich.
 - Was machen die Bürger wenn der Staat sich nicht rechtfertigt und die Bürger unzufrieden sind? Aufstand/Revolution! → **Destabilisierung**
 - Die Politik braucht also Effizienz und Legitimität. Dilemma:
 - max. Legitimität = min. Effizienz (z.B. CH) (2 Jahre um Kriegserklärung zu beantworten)
 - min. Legitimität = max. Effizienz
 - Lösungsvorschlag der Griechen: **Repräsentation** der wichtigsten Bevölkerungsgruppen (Parlament)
 - Weshalb funktionierte dies in Griechenland nicht? **Zwei Voraussetzungen der Demokratie:**
 - Minimum an Bildung
 - Minimum an Kommunikationstechniken (in Griechenland damals nur Tontafeln)
 - Griechen verwerfen deshalb die Demokratie
 - Athen wurde aufgrund dieser fehlenden Voraussetzung keine Demokratie
 - Demokratie war später immer verbunden mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht
- **Römisches Reich**
 - **Systeme die unter Druck stehen, beginnen die Effizienz aufzubauen und die Legitimität abzubauen**

- Deshalb Entmachtung des Senats und Aufbau eines Königreiches.
- **Mittelalter**
 - Völkerwanderung (Nomadisierung) vermag die Politik nicht mitzutragen: Die Politik und Demokratie geht unter: Man beginnt wieder vom Nullpunkt
 - Die Ideen bleiben aber vor allem im mittleren Osten erhalten (islamische Länder)
 - z.B. Mohammed-Koran enthielt bereits Passagen wie ein politisches Gemeinsam strukturiert sein müsste.
- **Renaissance**
 - Wiedergeburt der Hochkulturen (Rom und Athen)
 - Italienische Städte: Venedig, Florenz und Mailand
 - Machiavelli: Buch „Il Principe“
 - Forderung für den Staat: Effizienz nicht Legitimität
 - Effizienz sei das Wichtigste
 - Die Legitimation könne auch über die Prachtentfaltung erreicht werden → Charisma des Staates bringt das Volk dazu dem Staat zu folgen: Die Legitimität wird mit **Monumentalbauten** (z.B. in Rom, Mailand) erreicht.
 - Diese Idee wurde von der katholischen Kirche weiter verfolgt (prachtvolle Kirchen, Petersplatz)
 - In der Schweiz gab es nie eine solche Prachtentfaltung. Das Volk strebte sich gegen eine solche Repräsentation des Staates.
 - Eine wirkliche Demokratie existierte aber auch in der Demokratie noch nicht, weil einfach die technischen Mittel noch fehlten (so wie es die beiden griechischen Philosophen vorher sagten)
- **Aufklärung**
 - Die Aufklärer Emanuel Kant, Jean-Jacques Rousseau und John Locke werden aktiv
 - Kant: Die Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit
 - Grundlagen für die Demokratie werden gelegt, aber es würde erst in 200 Jahren so weit sein.

3. Politologie als wissenschaftliche Disziplin

Was?

- Internationale Beziehungen

Nachbardisziplinen: Geschichte, Völker-/Staatsrecht, Wirtschaftswissenschaft, Ethnologie, Geographie

Forschungsgebiete (z.B):

- **Wie und warum kommt es zu bewaffneten zwischenstaatlichen Konflikten?**
- **Welches sind die Ursachen und Mechanismen der Entwicklungs-Disparität zwischen Nord und Süd?**
- **Welches sind Bedingungen und Folgen der internationalen Integration?**

- Innenpolitik:

Nachbardisziplinen: Geschichte, Staatsrecht, Soziologie, Sozialpsychologie, Wirtschaftswissenschaft

Forschungsgebiete (z.B):

- **Was ist die Gesetzmässigkeit hinter dem Wahlerfolg liberaler Parteien?**

- **1. Determinanten (Ursachenvariablen) aufstellen im Sinne einer These**

Konjunkturlage: Wirtschaftswachstum



- **2. Empirische Überprüfung ob die These stimmt mit einer Regressionsanalyse**

- 2.1 Messung der Variablen

z.B. könnte für die Überprüfung obiger These (Frage), **ob der Wahlerfolg der liberalen Parteien vom Wirtschaftswachstum abhängt**, folgende Tabelle erstellt werden:

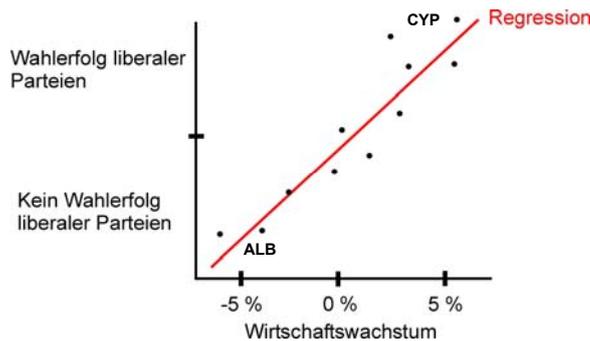
Staat	Wirtschaftswachstum	Wahlerfolg liberaler Parteien?	Wahlerfolg konservativer Parteien?
Albanien	- 5 %	Nein	Ja
...
Zypern	+ 6 %	Ja	Nein

So wäre es möglich zu überprüfen, ob der Wahlerfolg liberaler Parteien mit einem anhaltenden Wirtschaftswachstum zusammenhängt.

- 2.2. Korrelationsanalyse

In diesem Sinne könnte folgender Plot erstellt werden:

- ± 1 → hohe Korrelation
- ± 0 → niedrige Korrelation



Es ist nie möglich eine Hypothese zu beweisen. Es ist immer nur eine Indiz. Die Korrelation ist noch kein Beweis.

z.B. Berühmte Korrelation: Ausländer-Kriminalität (Je höher die Ausländerquote, desto höher die Kriminalität). Dies sagt noch lange nicht aus das Ausländer Kriminalität hervor bringen. Es könnte genauso gut sein: Je weniger die Ausländer integriert sind, desto mehr Kriminalität erfolgt durch solche Ausländer.

- Was ist die Ursache des Wahlsiegs von George Bush?

- 1. Determinanten (Ursachenvariablen) aufstellen im Sinne einer These



- Welches sind die Determinanten (Ursachenvariablen) der Stimm- und Wahlbeteiligung (Politische Partizipation)?

- 1. Determinanten (Ursachenvariablen) aufstellen im Sinne einer These

- + Je mehr... desto höher ist die Wahlbeteiligung.
- Je mehr... desto kleiner ist die Wahlbeteiligung.



- Welches sind die Einflüsse der zunehmenden Staatstätigkeit auf die Leistungsfähigkeit eines demokratischen Systems?

- Wie entstehen radikale politische Bewegungen?

- 1. Determinanten (Ursachenvariablen) aufstellen im Sinne einer These

- + Je grösser/mehr/besser... desto eher entstehen radikale politische Parteien.
- Je kleiner/schlechter/weniger... desto eher entstehen radikale politische Parteien.



- Innenpolitik und internationale Beziehungen:

Forschungsgebiete (z.B.):

- Welches sind die Ursachen des Terrorismus, welches sind wirksame Strategien im Kampf gegen den Terrorismus?
- Welches sind die Qualitäten eines international attraktiven „Wirtschaftsstandortes“?

Wie?

Erkenntnis-Instrument der Politologie: Die empirisch-analytische Theorie

- **Theorie:**
System **generalisierender Behauptungen**, wonach Variablen unter bestimmten Bedingungen in Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen stehen.
 - Siehe vorne: **1. Determinanten (Ursachenvariablen) aufstellen im Sinne einer These**
- **Empirisch-analytische Methode:**
Methode der Theoriebildung, nach der jeder einzelne Erkenntnisschritt **anhand von Beobachtungen der Wirklichkeit** nachgeprüft wird und damit nachvollziehbar ist.
 - Siehe vorne: **2. Empirische Überprüfung ob die These stimmt mit einer Regressionsanalyse**

Die zwei Phasen der Theoriebildung:

- **Modellbildung:**
System von auf **Plausibilitätsüberlegungen** basierenden Behauptungen, nach denen sich definierte Variablen gesetzmässig miteinander verändern.
 - Siehe vorne: **1. Determinanten (Ursachenvariablen) aufstellen im Sinne einer These**
- **Modellfalsifikation:**
Versuche, mit Hilfe bi- oder multivariater statistischer Verfahren (Korrelations- Regressions-Analyse sw.) die vermuteten Zusammenhänge zu widerlegen.
 - Siehe vorne: **2. Empirische Überprüfung ob die These stimmt mit einer Regressionsanalyse**

Wozu?

Politikwissenschaft als **diagnostische Grundlage** der Politik:

- **Politologie → DIAGNOSE**
- **Politik → THERAPIE**
- **Berufe von Politologen:** Politikberatung, Ausbildung, Berichterstattung
- **Unternehmerischer Nutzen:** Einbezug (Prognose und Beeinflussung) der Entwicklung politischer Rahmenbedingungen unternehmerischen Entscheidens und Handelns (z.B. „Standortentwicklung“)

II. Teil – Die Grundlagen des modernen Staates

1. Einführung: Die Gesellschaft als Steuerungssystem und als Versorgungssystem

Das Ziel gesellschaftlicher Systeme:

- Der Mensch ist von Natur aus ein Herdentier, deshalb hat er sich in einer **Gesellschaft** integriert. Heute ist die Menschheit lückenlos organisiert, es gibt ca. 200 verschiedene Staaten.
- Früher** wurde **Gesellschaft** folgendermassen definiert:

- **Territorium**
- **Ethnie (Volksgemeinschaft)**

Doch wie sich herausgestellt hat, war das von Anfang an nie so.

- Heute** wird eine **Gesellschaft** wie folgt definiert:

- **Wahrung gemeinsamer Güter und Werte ("Res Publica")**

Zwei Beispiele:

- Das **Judentum** verfügte nie über ein **Territorium**, trotzdem stellte es eine Gesellschaft dar.
- Die **Schweiz** verfügt über **keine Ethnie**. Die Schweiz ist ethnisch nicht homogen. Die Schweiz besteht nur aus Minderheiten. Die Schweiz ist eine **Willensnation**. Man hat einen gemeinsamen **Willen** (Unabhängigkeit, Religionsfreiheit) und gemeinsame **Güter**. „Ein Schweizervolk gibt es nicht.“

Es ist zu beachten, dass die **gemeinsamen Güter und Werte wandeln** (z.B. Sexualität, Konkubinat nicht mehr strafbar) und **von Region zu Region anders sind** (z.B. ist Europa sehr vom Christentum geprägt)

- Die Gesellschaft „Europäische Union“**

- 6 Gründungsmitglieder (IT, FR, DE, LUX, NL, BL)
- heute 25 Mitglieder (ca. gleich grosse Anzahl wie die Schweiz Kantone hat)
- CH = 4 Sprachen; EU = 21 Sprachen
- Fazit: Die Schweiz und die EU sind sich sehr ähnlich.
- **Die EU bildet eine neue RES PUBLICA**. Diese setzt sich aber **nur aus jenen Teilen der Res Publica der einzelnen Staaten zusammen, die nach deren Willen zu der neuen gemeinsamen Res Publica gehören sollen**.
 - So gehört die **Wirtschaft** (Alle europäischen Nationen haben dieselben Ziele: 4 Freizügigkeiten von Kapital, Güter, Personen) dazu, **nicht aber die Aussenpolitik und die nationale Sicherheit** (Nicht alle europäischen Nationen haben dieselben Ziele)
- **Warum ist die Schweiz nicht Mitglied der EU?**
 - Die Schweiz will ihre **Res Publica** nicht mit der EU teilen.
 - **Unabhängigkeit** = Wichtigste Res Publica für die Schweiz, wichtiger als wirtschaftliche Vorteile welche die EU bietet.
 - Zudem sind die **ökonomischen Vorteile** der EU nicht unbestritten:
 - MWST-Erhöhung
 - Personenfreizügigkeit
 - Die Schweiz müsste sehr viel an den Ausgleich bezahlen. Alle westeuropäischen Staaten die noch nicht in der EU sind, Island, Norwegen und die Schweiz wären nach einem Beitritt **Nettozahler**.

Verantwortlichkeit für die Zielerfüllung gesellschaftlicher Systeme:

- Der **Staat** trägt die **Verantwortung** für die **Zielerfüllung der Gesellschaft**. Er ist quasi die **Steuerungszelle der Gesellschaft**. Die Aufgaben des Staates haben sich aber im Rahmen der **Tendenz** zur Ausweitung der **Res Publica** verändert:

als Rechtsstaat	als Sozialstaat	als Ökostaat
<ul style="list-style-type: none"> ▪ älteste Rolle des Staates ▪ ursprüngliche Rechte des Bürgers Schützen <ul style="list-style-type: none"> ○ Demokratische Rechte ○ Menschenrechte ○ Eigentumsrechte → <u>Calvinistische Gesellschaft</u>: Was sie gekauft haben gehört 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ neuere Rolle des Staates ▪ Sicherung des Existenzminimums (Umverteilung Arm zu Reich, Existenzminimum CH: 2'100.00) ▪ früher waren die <u>Familien</u> die Sozialeinrichtungen <ul style="list-style-type: none"> ○ Die Industrialisierung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ neueste Rolle des Staates ▪ Umweltschutz ist nicht mehr Privatsache ▪ Phänomen des Umweltschutzes wurde in der Schweiz durch das „Waldsterben“ und die „Verschmutzung der Seen“ in den Köpfen der Menschen

ihnen. <u>Islamische Gesellschaft</u> : Was sie finden gehört ihnen. o Der Rechtsstaat muss seine Macht kontrollieren → Gewaltentrennung (Judikative, Legislative, Exekutive)	zerstörte das Sozialnetz: Die Armut konzentrierte sich jetzt auf Slums o Elend: Die Armen wollten eine Revolte (Karl Marx) o Die Res Publica wurde ausgeweitet (die Almose wird verstaatlicht) ▪ Heutige Probleme: o zu teuer o Leute sind nicht mehr bereit so viel zu bezahlen	aktuell: Sie stimmten einem staatlichen Eingriff zu. ▪ Der Staat, und in diesem Fall das Ökosystem, weitet sich immer dann aus, wenn sich die Menschen bedroht fühlen.
--	--	---

Die zwei zentralen Funktionen gesellschaftlicher Systeme...:

Versorgung	Steuerung
Produkte, Dienstleistungen, öffentliche Güter	Regeln und Normen, Konfliktregelung
= Wirtschaft	= Politik

- Die **Ökonomie und die Wirtschaft** gehörte immer zur **Res Publica** des Staates, bis **A. Smith** kam.

...und deren Akteure als Bürgerinnen und Bürger im liberal-demokratischen Staat:

- Das Wort „Bürger“ stammt aus der Zeit der Aufklärung → Mensch ist mitverantwortlich für die Gesellschaft
- Jedermann ist ein Bürger, auch Kleinkinder. Jedoch schützt der Staat die Rechte der Kleinkinder, da sie diese nicht selber wahrnehmen können, z.B. Schulpflicht (Die Res Publica ist also in diesem Bereich sehr weit ausgedehnt)
- **Alle Menschen haben immer beide Rollen:**

"Private" Akteure:	"politische" Akteure der „Res Publica“
"WirtschaftsbürgerInnen", Berufsorganisationen, Anbieter (Unternehmen), Nachfrager	StaatsbürgerInnen, Politische Organisationen, Steuerungs-Subjekt (Staat), Steuerungs-Objekte

- o Deshalb ist die Konkurrenz Wirtschaft–Politik unsinnig, denn alle Menschen haben immer beide Rollen: „Ein Mann der Wirtschaft muss übernehmen...“ (Bortoluzzi) → Unternehmer monopolieren den Begriff **Wirtschaft** für sich. Jedoch sind auch Strassenwischer Mitglieder der Wirtschaft.
- o Die Väter des schweizerischen Systems versuchten darauf zu achten, dass immer alle Menschen beide Rollen haben: **Die Politiker sind alles Miliz-Politiker**. Politiker sollen auch die Rolle der „Wirtschaft“ wahrnehmen können (z.B. Politiker und Unternehmer), solange es die Effizienz erlaubt (z.B. nicht Bundesrat). → **Keine Classe Politique** (wie z.B. in Frankreich, USA, Deutschland)

Die Auseinandersetzung um die Grenzen der „Res Publica“:

„Fremdrollen“ privater und politischer Akteure im liberal-demokratischen Staat?

- **Politische Akteure als Anbieter („Service Publique“):**
 - o Unter welchen Bedingungen tritt der Staat als Produzent auf?
 1. **Wenn die Gesellschaft bestimmt, dass ein Produkt allen Gesellschaftsschichten zustehen soll** (z.B. Wasser, Schule).
 2. **Wenn ein Produkt nur von einem Anbieter angeboten werden kann (Monopolistische Produktionsweise)** (Eisenbahn → von Natur her nur von einem Anbieter zu gebrauchen, weil es nur ein Gleis gibt; Nicht aber Taxi → Strassen sind für alle offen)

Öffentliche Hand: Bildung usw. Kinderbetreuung?

Unternehmen nach öffentlichem Recht: Schienenverkehr; Wasserversorgung usw. Elektrizität? Flugverkehr (z.B. Swiss)?, Fernsehen?

- o Weshalb bietet in den USA der Staat einen Kinderhort und Mittagsverpflegung für Schüler an?
 - Damit die Eltern arbeiten können.
 - In der Schweiz ist das nicht so.

- **Private Akteure als Steuerungs-Subjekte ("subsidiärer" Vollzug):**

Verbände: Berufsausbildung (z.B. Kaufmännischer Verband)

Unternehmen: Obligatorische Sozialversicherungen
(Krankenversicherung, Pensionskassen)

Der **subsidiäre Vollzug** ist in der Schweiz besonders beliebt. **Weshalb?**

- **Mündigkeit des Menschen**
 - Die Schweizer haben keine Bedenken dass schiefe Entscheidungen (z.B. in einem Gemeinderat der sich aus nicht-Fachleuten zusammensetzt) heraus kommen.
 - Idee des Milizsystems → Es soll keine „Classe Politique“ (professionelle Politiker) geben.
 - Normale Bürger können eine solche Verantwortung (z.B. Schulaufsicht) tragen.
 - Die Schweizer haben ein sehr starkes Vertrauen in die Intellektualität der Menschen.

2. Definitionen: Staat und Politik

Der Staat:

- **Steuerungssystem einer definierten Gemeinschaft mit dem Zweck der Wahrung gemeinsamer Güter und Werte.**
 - **Steuerungssystem der Gemeinschaft** = delegierter Ausschuss der Schweizerischen Gesellschaft
 - Der Ausschuss nimmt die gemeinsamen Aufgaben der Gesellschaft wahr

Politik:

- **Staatliches und auf den Staat bezogenes Handeln**
 - **Staat** = Gemeinde, Kantone, Bund, Supranationale Organisationen (z.B. UNO)

3. Der Staat

3.1 Die Entwicklungsgeschichte gesellschaftlicher Steuerungssysteme

Was für Staaten gibt es?

- **Diktatorische Nationalstaaten** (z.B. Nordkorea, Ägypten)
- **Demokratische Nationalstaaten** (z.B. Schweiz)

Wie sind Staaten entstanden?

- Es gibt zwei Phasen, Phase 1 (Modell 1) und Phase 2 (Modell 2):
 - **Modell I - Stammes- und Feudalgesellschaften:**
Das Prinzip "Familie", basierend auf dem Bild des "unmündigen" Menschen
 - Eltern: absolute politische Herrschaft, Kinder: unmündig und werden geführt

<i>Form:</i>	<i>Ziel („Res Publica“):</i>	<i>Legitimation:</i>
1. Familie	<u>Versorgung, Sicherheit</u> (Überleben der Art sichern)	<u>Natürliche biologische Kompetenz</u> ▪ Jagd: Mann, Aufzucht: Frau <u>Worauf basiert die Mitgliedschaft?</u> ▪ Kinder können nicht entscheiden ob sie austreten wollen. Sie würden ohne die Gemeinschaft nicht überleben.
2. Sippe	<u>Versorgung, Sicherheit</u>	<u>Bewiesene biologische Kompetenz</u> ▪ Wettbewerbe (Kämpfe) zeigen wer der Chef einer Sippe ist (Der Stärkste regiert.) <u>Worauf basiert die Mitgliedschaft?</u> ▪ Blutsbruderschaft → unauslöschlich → unkündbare Beziehung
3. Feudalgesellschaft	<u>Versorgung, Sicherheit</u>	Gnade Gottes

(800 – 1700 in Europa, Mittelalter)		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Krönung durch Papst (Wer sich gegen den weltlichen Fürst auflehnt lehnt sich automatisch gegen Gott auf und ist Gotteslästerer.) <u>Worauf basiert die Mitgliedschaft?</u> ▪ Lehnswesen <ul style="list-style-type: none"> Kaiser Lehnsherr ↓ Lehnswesen König ↓ Lehnswesen Herzog ▪ 2 Möglichkeiten die eigene Macht auszuweiten: <ul style="list-style-type: none"> ○ KRIEG: Titel und Lehen eines Königs werden übernommen ○ HEIRAT: Aus politischen Gründen ▪ z.B. Heiliges römisches Reich deutscher Nation
-------------------------------------	--	--

- **Übergang zum 2. Modell: AUFKLÄRUNG** (Emanuel Kant → Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit)
- **Modell II - Nationale und post-nationale Gesellschaften:**
Das Prinzip "Willensgemeinschaft", basierend auf dem Bild des mündigen Menschen (Volk oder Individuum)

Form:	Ziel („Res Publica“):	Legitimation:
1. Nationalstaat	Autonomie des Volkes, Sicherheit, Versorgung	1 "Volonté générale"
2. Liberal-demokratischer Staat	Individuelle Freiheit, Sicherheit, Versorgung	2 Wille der Mehrheit, Mitwirkung des Einzelnen

1 Nationalstaat

▪ **Bourgeoisie**

- = Besser situierte im Volk, aber nicht Adelige
- = Ursache der französischen Revolution → Sie wollten Anteil an der Nationalversammlung

▪ **Aufgeklärter Absolutismus**

- Verlauf der Revolution war gegen Ende sehr brutal → Schreckensherrschaft von Robespierre
- Für die Nachbarländer Frankreichs war das der Beweis dass die Demokratie nicht funktioniert. Trotzdem gelang es der Restauration nicht das Rad ganz zurückzudrehen: Es verblieb ein „aufgeklärter Absolutismus“
- Jean-Jacques Rousseau: „VOLONTÉ GÉNÉRALE“: Man macht alles dass der Wille des Volkes umgesetzt wird, aber wir befragen das Volk nicht. „**Alles für das Volk, nichts durch das Volk.**“.
- Nach der französischen Revolution setzte sich die Ansicht durch, dass sich die Völker entlang ihrer ethnischen Länder in **Nationen** bilden.
- Napoleon I
 - Er war der erste der sich vom (reichen) Volk **wählen** liess.
 - Er nannte sich „Kaiser der Franzosen durch die Gnade Gottes“. → Er verstand sich als unbeschränkter Herrscher der Franzosen.
 - Er setzte sich die Krone selber auf. Seine Legitimation war nicht die Gnade Gottes, sondern sein Charisma. Sein Charisma bestand in seiner militärischen Leistung als junger Mann.
 - Er führte ein:
 - Code civil (Zivilgesetzbuch)

- Code penal (Strafgesetzbuch)
- Es gab jetzt nicht mehr „Gottesurteile“ sondern eine moderne Rechtsprechung die nicht willkürlich ist. „Diesseits-orientierter“ Staat.
- **Nationalismus**
 - Neuorientierung entlang der ethnischen Grenzen
 - Gründung Italiens, Zusammenbruch Österreich-Ungarn
 - „Das eigene Volk soll eine Vorherrschaft anstreben“.
 - Höchste Ausführung im 3. Reich
- **Staatliche Industrialisierung**
 - Minimal disziplinierte Arbeitnehmerschaft (→ **obligatorische Schulpflicht**)
 - Zuerst sehr starke Opposition der Eltern und Wirtschaft
 - Bildung weitet sich über grosse Teile der Bevölkerung aus → Die Bevölkerung kann sich eine eigene Meinung bilden.
 - Die Demokratisierung einer Gesellschaft ist immer eine Folge der obligatorischen Schulbildung.
 - Weil es zu Zeiten Rousseaus diese **a) obligatorische Schulpflicht** nicht gab, konnte die Demokratisierung nicht stattfinden. Zudem fehlten die **b) technologischen Mittel** (z.B. die Leute konnten nicht unterschreiben).
 - Mit zunehmender Alphabetisierung, Industrialisierung und Einführung von technischen Wahlsystemen fand die **Demokratisierung** einen weg.

🔴 Liberal-demokratischer Staat

- **Schweiz**
 - Gründung: 1848
 - Schweiz hatte Probleme mit der Volonté Générale. Die Volonté Générale machte für die Schweiz keinen Sinn. Die Schweiz ist ein multikultureller Staat ohne Kernvolk. Die Schweiz ist keine natürlich gewachsene Ethnie, sondern eine „Willensnation“.
 - **Belgien und die Schweiz** waren die **ersten Demokratien** in Europa. Beide haben kein Kernvolk.
- **Alle Demokratien sind Marktwirtschaften**
 - Warum?
 - Es steht das gleiche Menschheitsbild dahinter: Der mündige Mensch.
 - Darum wird die Volksrepublik China mit einem marktwirtschaftlichen System in eine Demokratie wandeln.
 - Liberale Demokratie → Liberal bedeutet Demokratie mit Marktwirtschaft
 - Demokratien sind sehr erfolgreiche und sichere Länder. Da es den Leuten gut geht gibt es viel weniger Kriminalität.
 - Demokratien sind auch gegen aussen sicher: Zwei Demokratien haben noch nie gegeneinander Krieg geführt.
 - Es sind keine Systeme mehr entwickelt worden die besser sind als Demokratien.

3.2 Der Staat nationaler und post-nationaler Gesellschaften

3.2.1 Das Ziel: Wahrung gemeinsamer Güter und Werte: Sicherheit, Versorgung und Freiheit

Der **Umfang der "Res Publica"** und die Prioritätensetzung ändern sich über die verschiedenen politischen Ideologien hinweg. Die Auseinandersetzung um den politischen Konsens einer Gesellschaft dreht sich im Wesentlichen um den **Inhalt der "res publica"**:

Wie kommt im Detail die Res Publica zustande?

- Gewisse Säulen der Res Publica kommen in Jeder Verfassung vor:
 - Sicherheit
 - Freiheit
 - Versorgung
- Man streitet sich aber in jedem Land inwieweit diese ausgebaut sein sollen.

- Es haben sich 2 Hauptblöcke gebildet welche die Diskussion über die Res Publica ausmachen:
 - Liberale
 - Sozialisten
- Warum waren es gerade diese Ideologien welche die Politik ausmachten?
 - Beide kümmerten sich vorwiegend um die Versorgung (Wirtschaft).

<i>Ideologische Position</i>	<i>Prioritäten in der „Res Publica“</i>
Liberale Positionen (SVP):	1. Freiheit , als <u>freie Entfaltungsmöglichkeiten</u> aller Individuen entsprechend ihren Fähigkeiten 2. Sicherheit Versorgung , als Folge der freien Entfaltungsmöglichkeiten der WirtschaftsbürgerInnen <u>ausserhalb der "Res Publica"</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewinne sollen wieder an die Unternehmer zurückfließen, weil dort das Kapital am effizientesten aufgehoben ist. Die „Tüchtigen“ sollen in der Wirtschaft das „Sagen“ haben. ▪ Die Versorgung ist nicht Teil der Res Publica. ▪ Der liberale Staat ist sehr stark und sorgt passiv dafür dass die Rechte der Individuen nicht eingeschränkt werden. Das einzige was er tun soll ist die Sicherheit erfüllen → Übernahme „Nachtwächter-Staat“.
Sozialistische Positionen:	1. Versorgung , im Sinne <u>solidarischer Umverteilung nach dem Prinzip der Gleichheit</u> 2. Sicherheit , als Resultat <u>solidarischer Gemeinschaftlichkeit</u> 2. Freiheit , als Folge der <u>Gleichheit</u> und damit als Resultat der <u>solidarischen Verantwortung gegenüber dem Schwächeren</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Für die Sozialisten ist die Versorgung an erster Stelle. Nach dem Prinzip der Gleichheit. ▪ Die Starken werden gezwungen den Schwachen etwas abzugeben. ▪ Verstaatlichung, kein Privateigentum ▪ Toni Blair und Gerhard Schröder sind Sozialisten, sie sind aber auch für die Marktwirtschaft, nicht für Staatseigentum und Planwirtschaft. Die Positionen haben sich also sehr einer sozial-gemilderten Marktwirtschaft einander angenähert.
Radikal-demokratische Positionen:	1. Freiheit , als <u>absolutes individuelles Recht</u> auf Selbst- und Mitbestimmung 2. Versorgung , als Resultat individueller <u>Selbstverwirklichung</u> 2. Sicherheit , als Resultat individueller <u>Selbstverwirklichung</u> <ul style="list-style-type: none"> ▪ War nie eine wirklich schlagkräftige Partei. Trotzdem hat sie auf die Gestaltung der Res Publica eingewirkt. ▪ Diese Bewegung trat in allen Ländern gleichzeitig auf. Es waren alles Jugendliche: „Trau keinem über 30.“ ▪ → Generationenkonflikt → Familienkrach <ul style="list-style-type: none"> ○ Warum? <ul style="list-style-type: none"> ▪ Verschiedene Prägung ▪ Alte Generation verbrachte ihre Jugendzeit in der Kriegszeit. Als dann der Frieden kam wollte diese Generation Europa wieder aufbauen und sich selbst einen bescheidenen Wohlstand aufbauen. Werte: Fleiss, Seriosität, Sparsamkeit ▪ Die Kinder der alten Generation: Weil die alte Generation so erfolgreich war, waren die Kinder nie materiell gefährdet. Sie standen auf der dritten und vierten Stufe der maslowschen Pyramide. Sie hielten die Eltern für langweilig, un kreativ. Sie ertrugen sich nicht. Sie wollen aus Prinzip anders sein als ihre Kinder. ▪ Sie war nie zufrieden mit den Demokratien, weil immer noch Herrschaft von Menschen über Menschen ausgeführt wird. Minderheiten werden durch Mehrheiten terrorisiert. (z.B. Pazifisten → Ins Gefängnis weil kein Militärdienst.)

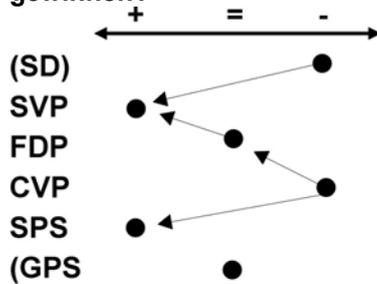
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ In Extremis wollten sie den mündigen Mensch entwickeln. <ul style="list-style-type: none"> ○ Familienkonferenz ○ Schule: Schüler und Lehrer sollen gemeinsam über den Schulstoff und die Prüfungen entscheiden ○ Unternehmen sollen demokratisch geführt werden ▪ Folgen: <ul style="list-style-type: none"> ○ Diese Position setzte eine Fragmentierung voraus, weil kleine Gemeinschaften (Kommunen) alles bis ins letzte Detail aushandeln mussten. ○ 68er-Bewegung (Hippies) ○ Der Freiheitsanspruch eines jeden Menschen soll absolut sein. ○ Sehr kreative politische Propaganda: Musik ○ Sexualität: Ablehnung der Ehe als Herrschaftssystem (Verzicht für beide Teile: Man schliesst Millionen Frauen aus) ○ Emanzipation der Frau (Einführung neues Eherecht durch den Mann) „Der Mann ist nicht mehr das Oberhaupt der Familie.“ ○ Blocher war einer der wenigen Anhänger des alten Eherechts.
Ökologische Positionen:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Versorgung, als Sicherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen 1. Sicherheit, als Prävention lebensbedrohender Manipulation des Ökosystems 3. Freiheit, als Folge der Erhaltung des Ökosystems und damit als Resultat solidarischer Verantwortung gegenüber der Natur
(Neo)-Republikanische Positionen:	<ul style="list-style-type: none"> ▪ z.B. Haider ▪ Rechtsextreme Position ▪ Die neorepublikanische Position versucht das Rad zurückzudrehen und wieder einen Nationalstaat einzusetzen → Staaten sollen homogen nach den Völkern abgegrenzt sein. Idee des homogenen Staates. ▪ So eine „nationalistische“ Bewegung gab es in der Schweiz nicht. Neorepublikanische Positionen würde zur Zerspaltung der Schweiz in einen französischen, deutschen und italienischen Teil führen. ▪ Die neorepublikanischen Positionen sind in Europa wieder im Aufwand (NPD, Front National „Le Pen“, Neofaschisten in Italien). Die Ursache hierfür ist, weil durch die europäische Integration (EU) eine Durchmischung der Gesellschaften stattfindet sowie eine Überfremdung. <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ziele: <ol style="list-style-type: none"> 1. Sicherheit, als Sicherheit des Staates und des Volkes vor äusseren und inneren Bedrohungen → Der Staat muss stark sein. 1. Freiheit, als Autonomie des Volkes 3. Versorgung, als Resultat der Volksautonomie

Wie kommt es dazu, dass Parteien Wahlen gewinnen oder verlieren?

- Die **politischen Ideologien (Die Parteien)** ihrerseits gewinnen oder verlieren - je nach relativer Verfügbarkeit ihrer favorisierten gemeinsamen Güter und Werte - an Einfluss auf das Steuerungssystem:
- Das heisst, wenn **bestimmte Güter und Werte** vorherrschen (z.B. Äussere Bedrohung von Staat und Volk, dann wird eine **bestimmte politische Ideologie favorisiert** (z.B. Neo-Republikanische Partei)
- **Verfügbarkeit gemeinsamer Güter und Werte:**

Äussere Bedrohung von Staat und Volk:	→ Favorisierte Politische Ideologie: (Neo)-Republikanische Positionen
Bedrohung des Ökosystems:	→ Ökologische Positionen
Wirtschaftliche Schwierigkeiten grosser benachteiligter Bevölkerungsschichten:	→ Sozialistische Positionen
Einschränkung der individuellen Freiheit durch hohe Regeldichte des Staates:	→ Liberale Positionen
Sättigung bezüglich Versorgung/Sicherheit:	→ Radikal-demokratische Positionen (68er)

- **Sonntagsfrage: Wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären, welche Partei würde dann gewinnen?**



- Die Tabelle gibt einen möglichen Ausgang dieser Wahl wieder. Die Pfeile deuten den Mitgliederwechsel an. Die Parteien sind von rechts nach links sortiert. Die Bundesratsparteien sind ohne Klammern.
- Wir prognostizieren eine weitere Polarisierung zur SVP und SP.
- **SD** = Schweizer Demokraten: Verlust von Mitglieder an die SVP
- **SVP** = Zählt zu den Siegern, es ist aber nicht klar ob die SVP nicht bereits ihren Höhepunkt erreicht hat.
- **FDP** = Verlust von Stimmen an die SVP. Gewinn von Stimme von der CVP.
- **SPS** = Zählt zu den Siegern.
- **GPS** = Kann weiterhin auf ihre Stammwähler zielen. Im Moment gibt es aber kein wichtiges ökologisches Thema welches den Grünen Stimmen zutragen würde.
- **CVP** = Der CVP fehlt im Moment ein klares Profil. Sie kann sich nicht zur SVP und zur SPS abgrenzen. Sie zählt zu den Verlierern.

Die Konvergenz-Theorie:

- Die Parteien werden einander immer ähnlicher!
Die Sozialdemokraten (=SP) (ursprünglich Verfechter der Arbeiterpolitik) fahren heute einen wirtschaftsliberalen Kurs.
Für die Liberalen (=SVP) (ursprünglich gegen Staatliche Unterstützung) sind heute gegen die Abschaffung der Krankenkasse.

▪ **Konvergenz = Die Angleichung politischer Ideologien im Ablauf regelmässiger periodischer Wahlgänge:**

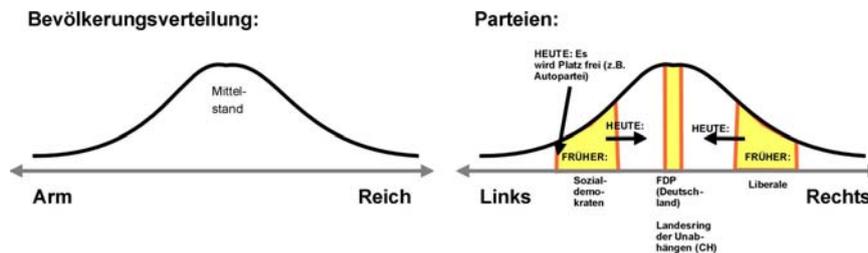
- *Klassenkampf (Westeuropa 1850 - ca. 1960):*
 - Liberale Positionen

Sozialistische Positionen → Sozial-liberale Positionen ("Soziale Marktwirtschaft")
- *Post-Industrielle Auseinandersetzung (ca. 1975 - ???):*
 - Sozial-liberale Positionen

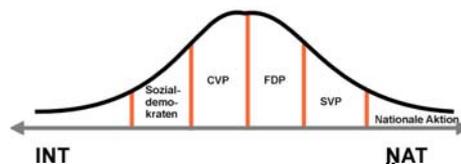
Ökologische Positionen → Ökologisch-sozial-liberale Positionen ("Sozial-ökologische Marktwirtschaft")

- Diese These stimmt nur für Demokratien.
- **Mögliche Folgen der Parteien-Konvergenz:**
 - Spielraum- und Einflussverlust der Parteien der Mitte
 - Die CVP (FDP in Deutschland) verliert Stimmen.
 - Profilverlust der beteiligten Parteien und gleichzeitig Polarisierung in untergeordneten politischen Positionen
 - Eine wirkliche Polarisierung in wichtigen politischen Positionen besteht in Wirklichkeit nicht mehr, weil die Wahlprogramme praktisch identisch sind. → Deshalb führt man den Wahlkampf mit Persönlichkeiten (Bush/Kerry → praktisch identisches Wahlprogramm in den Hauptpunkten).
 - Spielraum- und Einflussgewinn für Randparteien
 - Die Randparteien übernehmen die alten Plätze der Parteien.
 - Trotzdem ist die Autopartei verschwunden, weil die ganz Linken und Rechten Wähler verschwunden sind.
 - Untergang des Kommunismus
 - SVP gräbt die Wähler Rechts ab

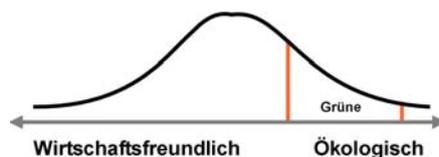
- Die heutigen Politischen Parteien müssen auf 3 Dimensionen analysiert werden:
 - 1. Dimension: **Links/Rechts**
1. Dimension taugt in der Schweiz eigentlich überhaupt nichts, wird aber von den Medien immer angewandt!



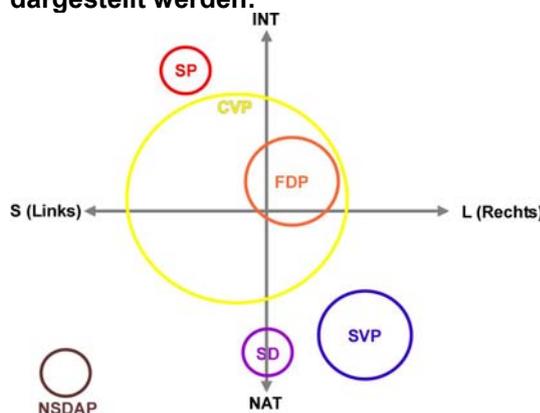
- Die grossen Rechts- (Liberale) und Links-(Sozialdemokraten) Parteien wollen möglichst viele Stimmen gewinnen ohne ihre Ideologien aufgeben zu müssen. Deshalb bewegen sie sich in die Mitte indem sie ihre Ideologien anpassen um den grossen Mittelstand zu gewinnen.
- 2. Dimension: **Internationalistisch/Nationalistisch**
 - Früher waren sich die Parteien über die Zwei Säulen der schweizerischen Aussenpolitik einig:
 - Bewaffnete Neutralität
 - Landesverteidigung
 - Dies änderte sich in den 70/80er Jahren. Man begann sich zu fragen ob dieses Modell (bewaffnete Neutralität) noch tauglich ist. Dies aufgrund des Aufkommens der UNO.
 - Heute ergibt sich eine 2. Dimension:
 - Parteien:



- 3. Dimension: **Wirtschaftsfreundlich/Ökologiefreundlich**
Parteien:



- Die Grüne Partei kann sich nur auf der 3. Dimension profilieren. Auf der 1. und 2. Dimension spielt sie keine Rolle.
- Nur wenn ökologische Probleme herrschen spielt also die Grüne Partei eine Rolle.
- Die ersten beiden Dimensionen können in einem gemeinsamen Diagramm dargestellt werden:



3.2.2 Die Reichweite: Bürgerechte, Territorium und Volk

- **Wie wird man eigentlich Mitglied eines Staates?**
 - Die **Zugehörigkeit zum modernen post-nationalen Staat** und die Reichweite des Steuerungssystems werden durch die **territorialen Grenzen** bestimmt. Andere Zugehörigkeiten ethnischer, religiöser oder feudaler (Familien, Sippen, Stämme, Aristokratien) Art spielen dabei keine oder eine untergeordnete Rolle.
 - Z.B. beruht die Mitgliedschaft in der **Schweiz** auf der **Akzeptanz der Schweizer Res Publica**:
 - 1. Anwesenheit auf dem Territorium der Schweiz.
 - 2. Man muss das Bürgerrecht erwerben.
 - Erfüllt man diese Voraussetzungen, kann man, egal wo in der Schweiz z.B. Bürgermeister werden. Also ein Basler kann theoretisch Bürgermeister in Lugano werden. Dies ist beispielsweise einer der Hauptgründe weshalb in der EU die EU-Bürgerschaft nicht eingeführt wird, die Europäer haben ein Problem mit der Vorstellung, ein Finne könne Bürgermeister von Lissabon werden.
 - In der Schweiz gibt es weiter die Spezialität, dass man auf kommunaler Ebene in einigen Westschweizer Gemeinden bereits auf Basis der 1. Voraussetzung (Territorium) Bürgermeister werden kann.
 - Das **feudale Zugehörigkeitsprinzip (Familie, Sippe, Stämme, Aristokratien)** (Feudalgesellschaft = Staat legitimiert sich über das Gottesgnadentum) ist allgemein in der Weltgesellschaft weitgehend verschwunden (Reste bei al-Qaida, Mafia, afrikanischer Tribalismus).
 - Das **ethnisch-religiöse Zugehörigkeitsprinzip** des Nationalstaates ist erst in fortgeschrittenen Gesellschaften in Ablösung durch die bloss *territoriale Zugehörigkeit* begriffen. Diese Gesellschaften zeichnen sich durch liberal-demokratisch geprägte politische und expansiv-kapitalistisch geprägte wirtschaftliche Wertvorstellungen aus:
 - Zurzeit sind in Europa reine Nationalstaaten, Mischformen und reine - d.h. "supranationale" - Territorialstaaten vertreten:
 - **"Supranationale" Territorialstaaten**: z.B. Schweiz, Belgien, EU
 - Supranationale Territorialstaaten sind **Willensnationen**. Es gibt keine Ethnie, sondern sie bestehen wie Belgien aus verschiedenen Ethnien (Franzosen und Niederländer)
 - **Mischformen**: z.B. Frankreich, Polen, Slowakei
 - Frankreich wäre zwar alleine gesehen ein Nationalstaat, aber Frankreich ist Mitglied der EU womit Frankreich eine Mischung zwischen Supranational und Nationalstaat ist.
 - **Nationalstaatliche "Renaissance"**: z.B. Republiken der ehemaligen Sowjetunion, Staaten des ehemaligen Jugoslawien
- Sowjetunion und Ex-Jugoslawien waren ursprünglich Supranationale Territorialstaaten. Die Sowjetunion bestand aus mehreren Teil-Staaten die jeweils verschiedene Ethnien hatten. Ex-Jugoslawien vereinte Ethnien wie Bosnier und Serben unter einem Hut. Heute sind diese Supranationalen Staaten zerbrochen. Es stellt sich also die Frage ob dies der EU als Supranationaler Staat auch passieren kann?
 - Nein, die EU ist freiwillig entstanden. Sowjetunion und Ex-Jugoslawien wurden zu einem Supranationalen Staat gezwungen durch eine Diktatur (Lenin/Stalin, Tito).
- Die „nationalistische“ Phase ist jedoch eine Phase, die jeder Staat durchleben muss bevor er zu einem guten Teilnehmer einer Supranationalen Gemeinschaft werden kann.
 - CH und Belgien sind die einzigen Staaten welche diese Phase nicht durchlebt haben weil es sich eigentlich gar nicht um Nationen handelt!
 - Z.B. Tschechoslowakei → Zuerst teilten sich diese Länder nach der erzwungenen Gemeinschaft und wurden zu separaten Nationen. Die Nationen teilten ihre Armee und ihre Grenze. Jetzt heute, nach dieser nationalistischen Phase sind sie Mitglied der EU und haben wieder eine offene Grenze und mit der NATO eine „faktisch-gemeinsame“ Armee. Damit ist die Tschechoslowakei ein gutes Beispiel für diese Theorie.

Die weltweit, aber phasenverschoben stattfindenden Übergänge der staatlichen Zugehörigkeitsprinzipien waren und sind mit erheblichen Destabilisierungen verbunden:

- **Übergänge von Feudalstaaten zu Nationalstaaten** sind immer sehr blutig. Nationalistische Kriege dienen nicht einem rationalen Ziel (z.B. Rohstoffquelle erobern), sondern es geht darum, die Überlegenheit der eigenen Nation durchzusetzen.
- **Übergang von Nationalstaaten zu Liberal-Demokratischen Staaten** sind viel friedlicher.
 - Demokratien führen niemals gegeneinander Kriege.
 - Die Länder sind untereinander stark verknüpft.
 - Demokratien haben Milizarmeen. Die Bevölkerung hindert den Staat diese Milizarmee einzusetzen.
- 19. Jahrhundert: Aufstieg der Nationalstaaten in Westeuropa (Deutschland, Italien usw.) und in Südamerika
- 20. Jahrhundert: Aufstieg der Nationalstaaten in Afrika (z.B. Zaire, Ruanda, Burundi, Liberia, Eritrea), im Nahen Osten (z.B. Israel/Palästina, Islamische Staaten, Kurdistan) und Asien (z.B. China, Vietnam, Indien, Pakistan)

Renaissance des Nationalstaates in Osteuropa (z.B. Serbien, Kroatien, Weissrussland, Russland, Slowakei)
Aufstieg des liberal-demokratischen Staates in Westeuropa (EU)
- Eine **globale Res Publica** ist im **Aufbau** begriffen:
 - Sicherheit (UNO-Weltpolizei, Internationale Gerichtsbarkeit, Anti-Terrorismus)
 - Freiheit (Menschenrechte)
 - Versorgung (hier ist die globale Res Publica am Stärksten!)
- ?. Jahrhundert: Aufstieg eines globalen liberal-demokratischen Staates unter Führung der UNO im Rahmen aktueller Versuche einer "Weltinnenpolitik" (einer globalen Interessengemeinschaft und "Res Publica"):
 - Sicherheit: Peace-keeping, Peace-enforcement, Internationale Gerichtsbarkeit, Anti-Terrorismus
 - Freiheit: Menschenrechte
 - Versorgung: Globalisierung der wirtschaftlichen Freizügigkeiten: Güter (WTO), Dienstleistungen (WTO), Kapital (Weltbank-Gruppe), Personen; Friedliche Konkurrenz der „Standorte“
- **Anderes Szenario:**
 - USA setzen sich als Weltmacht durch: neo-nationalistische Hegemonie USA?

Der Kampf um die Reichweite staatlicher Steuerung:

Im Zeitalter des Nationalstaates: Krieg und Eroberung („Realismus“)

Im Zeitalter des lib.-demo. Staates: Konkurrenz um Standortvorteile und Einfluss im Rahmen von Kooperation und Integration („Funktionalismus“)

3.2.3 Die Mittel: Herrschaft, Legitimation und der Wille des Volkes – die Verfassung

Die **politische Herrschaft** des modernen Staat nationaler und post-nationaler Gesellschaften beruht auf der **Verfassung**, welche die zentralen **Normen der „Res Publica“ zusammenfasst** und über die ein gesamtgesellschaftliches Einverständnis besteht.

Diese Normen der Verfassung betreffen vor allem die folgenden zentralen Mittel der politischen Herrschaft des Staates:

a) Vollzugsgewalt des Staates:

- **Staatliche Machtausübung**
 - Die Herrschaft des Staates geht sehr weit, er hat zudem viele Instrumente
 - unausweichlich (man kann der staatlichen Macht nicht aus dem Weg gehen)
 - Der Staat greift im Gegensatz zu einem Unternehmen tief in das private Leben ein

- **Folgen der Machtausübung des Staates**
 - Selbstkontrolle durch die Gewaltenteilung und Demokratie
 - Transparenz des Staates
- **a1) Souveränität (Primat) des Staates:**
 - Absolute Hoheit des Staates
 - Nach aussen:
 - Völkerrechtliche Souveränität begrenzt durch die Normen des Völkerrechtes (also durch die Staatsgrenzen)
 - Nach innen:
 - Staatsrechtliche Souveränität begrenzt durch die Normen der individuellen Grundrechte
 - Der Staat behält immer Recht (z.B. Vereinsstatuten müssen den staatlichen Gesetzen entsprechen, z.B. Erziehungsmitteln von Eltern müssen mit den staatlichen Anforderungen übereinstimmen)
- **a2) Gewaltmonopol des Staates:**
 - Recht des Staates, als einziger gesellschaftlichen Akteur Gewalt innerhalb normierter Regeln anzuwenden, um legitimierte Anliegen durchzusetzen.
 - Ausser dem Staat darf niemand Gewalt anwenden
 - z.B. „James Bond’s licence to kill“

b) Legitimation (Rechtfertigung) des Staates - Der Wille des Volkes:

- Sowohl Diktaturen als auch Demokratien setzen auf den Willen des Volkes
- Wie wird der Wille des Volkes ermittelt?
 - Diktatur = Vorstellung der Volonté Générale (Diktator kennt Willen des Volkes und setzt ihn um)
 - Demokratie = Abstimmungen
- **Real-existierende Staatsformen: Formen der Realisierung des Volkswillens in modernen Staatsformen (Nationalstaat, liberal-demokratischer Staat):**

	Legiti- mation:	Politik- "Stil":	Umfeld:	Stärke:	Menschen- bild:
Diktatur	Charisma	affektiv	bedrohend	Effizienz	unmündig
Plebis- zitäre Diktatur	Leistung				
Re- präsen- tative Demo- kratie	Mehrheit				
Referen- dums- Demo- kratie	Mehrheit/ Konsens				
Direkte Demo- kratie	Konsens	kognitiv	sicher	Stabilität	mündig

← Skala nach zunehmender Demokratie

- **Staatsformen**
 - **Diktatur**
 - schärfste und vollkommenste Form der Diktatur
 - z.B. NSDAP
 - Auftrag
 - Reinheit des Ariers
 - Lebensraum Osten
 - Weltherrschaft
 - Willen des germanischen Volkes repräsentieren
 - **Plebiszitäre Diktatur**
 - Schein-Wahlen: Wahl ohne Auswahl (Man kann den Diktator wählen oder niemanden sonst)
 - Erfinder: Napoleon I (Man hatte die Wahl Napoleon zu wählen oder nicht zu wählen)
 - Plebiszit = Minimale Gefahr für die Herrschaft (Boykott der Wahl möglich)
 - Alle modernen Diktaturen (Nordkorea, Palästina, Ex-UdSSR, Husseins Irak)
 - „Leistung“ von Saddam Hussein: Er widersetzte sich Jahrzehnte lang der USA
 - Diktaturen neigen dazu, die Bevölkerung zu begeistern
 - z.B. Propaganda, Uniformierung, rhetorische Brillanz
 - Demokratien wollen nicht begeistern, sondern überzeugen (kognitiv)
 - Diktaturen wollen begeistern (affektiv), nicht überzeugen
 - **Repräsentative Demokratie**
 - Normalfall einer Demokratie in der westlichen Welt (USA, Kanada)
 - Präsident/Senat repräsentieren das Volk
 - parlamentarische Demokratie
 - Das Volk äussert seinen Willen nicht direkt, sondern über ihre gewählten Abgeordneten
 - Man traut der Bevölkerung aber nicht zu die politischen Probleme zu verstehen
 - Die Legitimation erfolgt durch die „Mehrheit“: The winner takes it all. Wer 50.01 % der Wählerstimmen hat, hat die Mehrheit im Parlament. Dadurch kann die Partei die im Parlament die Mehrheit hat die ganze Regierung wählen.
 - Es entsteht ein Regierungs-Oppositions-System
 - Die Opposition kann die Regierung nicht wirklich beeinflussen, weil sie keine Mehrheit hat
 - **Referendums-Demokratie**
 - Die Schweiz ist sowohl eine Referendums-Demokratie als auch eine Repräsentative Demokratie (denn die Schweiz hat auch ein Parlament)
 - Was muss dem Volk vorgelegt werden? Verfassungsänderungen und gewisse Staatsverträge
 - Es wird dem Volk zugemutet, bestimmte Sachfragen zu verstehen
 - Auswirkungen
 - Parteien in der Opposition können die Regierung durchaus stören (z.B. fakultatives Referendum)
 - Folgen:
 - Koalitionen (Zauberformeln)
 - Das System hat „gelernt“, dass wenn eine Opposition sehr gross ist, diese Opposition die Regierungsarbeit sehr fest stören kann. Z.B. hätten die bürgerlichen Parteien die Möglichkeit den Bundesrat zu bestimmen. Die Sozialdemokraten müssten in die Opposition. Man will dies aber nicht. Eine Oppositionspartei kann die Regierungsarbeit mehr stören, als wenn diese Partei an der Regierungsarbeit beteiligt wird.
 - z.B. SVP drohte aus dem Bundesrat auszutreten, wenn sie nicht den zweiten Sitz im Bundesrat erhielt. Dies wurde nicht durch die SP bekämpft,

weil die SVP anscheinend viel braver ist, als wenn sie in der Opposition ungehemmt Propaganda gegen den Bundesrat machen kann (Referendum, Initiative).

- Die Schweiz ist eine Konkordanzdemokratie. Die Regierung soll nicht durch eine Opposition gefährdet werden.
- **Direkte Demokratie**
 - z.B. auf Gemeindeebene
- **Eigenschaften**
 - **Legitimation**
 - Diktaturen legitimieren sich durch das Charisma ihres Führers
 - Plebiszitäre Diktaturen legitimieren sich durch Leistung einer Person
 - **Politik-Stil**
 - Demokratische Politiker wollen nicht begeistern, sondern überzeugen (kognitiv)
 - Diktatoren wollen begeistern (affektiv), nicht überzeugen
 - **Umfeld**
 - Wenn ein Gegner oder eine Gefahr von aussen auftritt, so wird Demokratie zu Gunsten von Diktatur abgebaut.
 - **Stärke**
 - Diktaturen sind sehr effizient (Schnelligkeit, schnelle Entscheidungen, schnelle Verteidigung)
 - Demokratien sind sehr stabil dafür aber langsam (Die Minderheit nimmt den Mehrheitsentscheid an)
 - Demokratien sind nicht sehr schnell. Weshalb könnte Schnelligkeit für ein politisches System in Zukunft wichtiger werden?
 - Gesellschaftlicher und technologischer Wandel geht immer schneller
 - Womöglich sind die staatlichen Entscheidungsprozesse zu langsam
 - **Menschenbild**
 - Die Diktatur geht davon aus, dass der Mensch geführt werden soll. Der Mensch sei unmündig.
 - Die Demokratie geht vom mündigen Menschen aus, der mitentscheiden kann und mitentscheiden will. Die Demokratisierung einer Demokratie folgt der allgemeinen Schulpflicht.

III. Teil - Das politische System der Schweiz

1. Einführung – Die Staatsform der Schweiz im Vergleich:

Formen der Legitimation politischer Herrschaft im modernen Territorialstaat: Demokratie und Totalitarismus

- **Totalitäre Positionen:**
 - **Traditionelle Konservative (S. 222ff.)**
 - **Menschen- und Gesellschaftsbild**
 - Mensch ist im Grunde unfähig friedlich unter seinesgleichen zu leben
 - machtbesessen, korrupt und sündhaft = negatives Menschenbild
 - Freiräume nutzt er egoistisch aus („der Mensch ist dem Menschen ein Wolf“)
 - **Formen und Prozesse der Legitimation der politischen Herrschaft**
 - Wurde nach der französischen Revolution geschaffen, weil die Revolution nicht funktionierte (Vorfall mit Guillotine auf dem Place de Concorde in Paris) = Ansicht die Demokratie funktioniere nicht
 - Parlamente wirken als Störfaktoren
 - totalitäre Positionen (Diktaturen)
 - Der moderne Diktator ist dem Willen des Volkes verpflichtet, nicht des Gottes

- Reinste Form der Demokratie: Nur der Diktatur ist in der Lage den wirklichen Willen des Volkes zu erkennen (z.B. Adolf Hitler, Volksrepublik China)
 - Interessen des Volkes verteidigen
- **Beispiele**
 - Preussen
 - Drittes Reich
 - allg. Diktaturen
 - auch Kommunistische Diktaturen: = Proletarisches Klassenbewusstsein
 - Katholische Kirche (Mensch ist schwach, starke Hierarchie)
- **Unterschiede zur Schweiz**
 - Schweiz basiert auf einer völlig anderen Sicht des Menschen: Jeder Mensch ist fähig und willens politische Programme zu verstehen und Politische Lösungen vorzuschlagen und abzustimmen = Extrem mündiger Mensch
 - Direkte Volksrechte (Initiative, Referenden)
- **Demokratische Positionen:**
 - **Liberale Konservative (S. 227ff.)**
 - **Menschen- und Gesellschaftsbild**
 - Die Gesellschaft soll sich möglichst ungehindert von staatlicher Einflussnahme entwickeln
 - Menschen sind unterschiedlich: Der Stärkere gewinnt.
 - Aufgeklärte Gesellschaft
 - Oberstes Ziel: Freiheit des einzelnen Menschen
 - **Formen und Prozesse der Legitimation der politischen Herrschaft**
 - Begrenzung des Einflusses des Staates auf die Gesellschaft
 - durch Gewaltenteilung
 - durch Repräsentation des Volkes durch eine aufgeklärte Gruppe: „Indirekte Demokratie“
 - Demokratisierung und Politisierung
 - Demokratisierung und Politisierung des Staates wird angestrebt
 - Demokratisierung und Politisierung des gesellschaftlichen Bereichs wird nicht angestrebt
 - z.B. keine Demokratisierung von Universitäten und Familien
 - „Studenten im Erstsemester und Reinmachefrauen sollen nicht darüber bestimmen, was an Universitäten geforscht wird“
 - „Krankenschwestern und Ärzte sollen nicht über die Durchführung der Operation abstimmen“
 - Weshalb?
 - Unterscheidung Staat/Gesellschaft aufrechterhalten
 - Sachkompetenz soll nicht untergehen
 - Verantwortung muss jederzeit zugeordnet werden können
 - **Beispiele**
 - **Staaten**
 - USA
 - **Parteien**
 - FDP (liberale Parteien)
 - Radikale in Frankreich
 - **Unterschiede zur Schweiz**
 - Schweiz: Referendums-Demokratie, keine repräsentative („indirekte“) Demokratie
 - Schweiz: z.T. Demokratisierung des gesellschaftlichen Bereichs (z.B. Schulen mit politisch gewähltem Schulrat)

- **Pluralistische Demokratietheorie (S.231ff.)**
 - **Menschen- und Gesellschaftsbild**
 - Mensch als Individuum
 - kein einheitlicher Volkswillen
 - Nach den Liberal-Konservativen wird der Staat verstärkt
 - Die Menschen schliessen sich zu Gruppen zusammen, um eine Konsensmeinung durchzusetzen.
 - **Formen und Prozesse der Legitimation der politischen Herrschaft**
 - Zusammenschluss zu Interessengemeinschaft
 - ein Konsens wird gesucht
 - fürsorglicher Staat
 - **Beispiele**
 - alle modernen Demokratien
 - auch die Schweiz (aber pluralistischer als andere Staaten)
 - **Unterschiede zur Schweiz**
 - keine
- **Theorie demokratischer Eliteherrschaft (S. 234ff.)**
 - nur eine Vision der Zukunft (gibt es noch nicht)
 - Verblödung der Gesellschaft
 - **Menschen- und Gesellschaftsbild**
 - Durchschnittswähler
 - geringes Interesse an der Politik
 - nicht sehr gebildet
 - solange der Staat Food und Beverage liefert mischen sie sich nicht ein
 - Elitewähler
 - heben sich von den anderen Wählern ab
 - misstrauisch gegenüber der anderen Sicht
 - gibt Meinungen vor
 - **Formen und Prozesse der Legitimation der politischen Herrschaft**
 - Die Elitewähler sollen entscheiden
 - Die modernen politischen Probleme kann der Durchschnittswähler nicht bewältigen
 - Wie in einer Firma braucht es Profis
 - in einem Konzern ruft man auch nicht alle zusammen, sondern das Management entscheidet
 - **Beispiele**
 - Schreckensvision der „Wohstandverwahrlosung“ (Hedonismus), d.h. er wird gleichgültig und kümmert sich als Individuum um andere Bedürfnisse. Will gar nicht mitdenken. Staat versorgt die Bevölkerung mit allem.
 - **Unterschiede zur Schweiz**
 - von der Verfassung her ist die Schweiz eindeutig keine Elite-Herrschaft (z.B. Gemeindeversammlung)
 - die Schweizer aber sind oft Durchschnittswähler, die ihre Rechte nicht mehr ausüben, das ist durch die Verfassung nicht vorgesehen
→ die Schweiz tendiert also eher hierher
- **Theorie demokratischer Selbstentfaltung (S. 238ff.)**
 - **Menschen- und Gesellschaftsbild**
 - alle Menschen partizipieren an der Politik
 - **Formen und Prozesse der Legitimation der politischen Herrschaft**
 - radikaldemokratische Position
 - Lust der Menschen auf eine lange und intensive Diskussion
 - Die Entscheide müssen möglichst konsensual sein: Jeder sollte einverstanden sein
 - Antithese zur demokratischen Eliteherrschaft
 - **Beispiele**
 - keine
 - **Unterschiede zur Schweiz**
 - utopisch

2. Die Schweizer Ausgangslage: Eine Gesellschaft sich überschneidender Segmente

Was ist der Grund dafür dass das System der Schweiz demokratischer und föderalistischer ist?

- Die Schweiz ist dort entstanden, wo man denken könnte, dass gar kein Land entsteht.
- Die Schweizer Gesellschaft ist viel heterogener als andere Völker Europas.
- Die Schweiz selber bildet aus ethischen Gründen kein Volk.
- Die Schweiz ist nicht durch ein natürliches Zusammengehörigkeitsgefühl (Sprache, Religion) entstanden. Sie ist auf der Basis „gemeinsamer Interessen“ entstanden.
 - Dieses gemeinsame Interesse hat sich aber immer wieder gewandelt.

Die staatsbildende Dynamik der Schweizer Geschichte: Gemeinsame Interessen an der Schnittstelle europäischer Nationen:

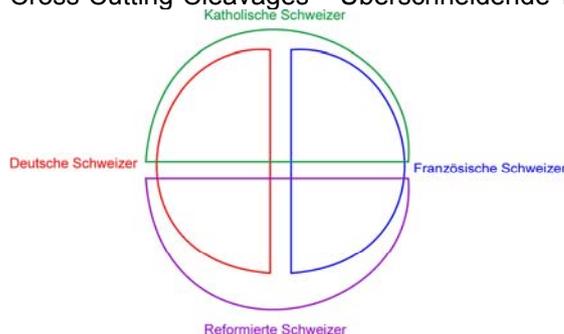
- 1200 - 1515 Wirtschaftliche Nutzung des zentralen Alpenübergangs: Der Gotthard
 - Bis 1848 war die Schweiz wie eine NATO, nämlich eine Verteidigungsallianz.
- 1515 - 1945 Diplomatisch-militärische Selbstbehauptung des kleinen Pufferstaates:
Zwischen grossen Reichen
 - 1848 Gründung des Bundesstaates, weil die Bedrohung von aussen immer grösser wurde.
- 1945 - 2000 Wirtschaftliche und politische Selbstbehauptung („Selbstbestimmung“) des hoch entwickelten Kleinstaates: Zwischen politischer Unabhängigkeit und ökonomischer Verflechtung
 - keine unmittelbare Bedrohung aus dem Ausland mehr
 - gemeinsames Interesse der Märkte, die Eigenständigkeit zu wahren und wirtschaftliche Verflechtung
- 2000 - . . . ? Integration in Europa? Das Ende der Schweiz?
 - Würde die Schweiz der EU beitreten, gäbe es keinen Grund mehr die Schweiz aufrechtzuerhalten. Es gäbe einfach eine administrative Umorganisation.
 - Ein Grund zusammenzubleiben, wäre aber die direkte Demokratie aufrecht zu erhalten.

Die sich überschneidenden geografischen, ethnisch-sprachlichen, konfessionellen, soziologischen und wirtschaftlichen Dimensionen der Segmentierung:

- **Die Schweiz ist eine vielkulturelle Gesellschaft**
 - Mediterran-/Nordeuropäische Kulturzugehörigkeit
 - Deutsche-/Französische-/Italienische-/Romanische Sprachzugehörigkeit
 - Es gibt keine schweizerische Sprache.
 - Katholisch-/protestantische Konfessionszugehörigkeit
 - Städtisch-/ländliche Kultur-Zugehörigkeit
 - Zugehörigkeit zum Landwirtschafts-/Industrie-/Dienstleistungs-Sektor
- Wenn wir den Erfolg der Schweiz an den drei Säulen der Res Publica (Freiheit, Wohlstand, Sicherheit) messen, dann sind wir sehr erfolgreich.
- Das politische System der Schweiz ist optimal den Begebenheiten der Segmentierung angepasst.

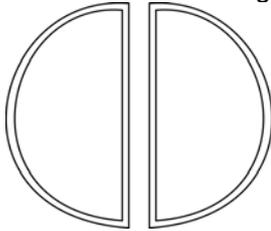
Der natürliche Ausgleich politischer Gegensätze: "Cross-Cutting-Cleavages":

- Cross-Cutting-Cleavages als integrations-begünstigende Konstellation meint die sich überschneidende, mehrdimensionale Segmentierung einer Gesellschaft.
- Cross-Cutting-Cleavages = Überschneidende Teilmengen



Die verschiedenen hochsegmentierten Teile der Schweiz überschneiden sich. Es handelt sich dabei um einen „Glücksfall“, den ohne die Überschneidung würde die Schweiz nicht existieren.

Wäre die Schweiz folgendermassen gebildet, würde sie nicht existieren:



- Die einzelnen Segmente müssen sich übergreifend zusammen tun um politisch etwas zu erreichen. Es werden Koalitionen gebildet werden.
- Dieser Zustand ist aber der Bevölkerung nicht sehr bewusst.
- Sie verhindert die mehrfache Benachteiligung/Diskriminierung eines einzelnen gesellschaftlichen Segmentes und begünstigt die Sensibilität der Gesamtgesellschaft gegenüber Benachteiligungen einzelner Gruppierungen, indem alle Segmente in Bezug auf einzelne Dimensionen der Segmentierung benachteiligt sind. Ferner schafft sie Möglichkeiten wechselnder Koalitionen über die Segmentgrenzen hinweg.

Das Fall-Beispiel „Die Gründung des Kanton Jura“:

Phase I : Der Bezugsrahmen des Kantons Bern – Mehrfache Benachteiligung der Jurassier (Minderheit, Sprache, Konfession, Infrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung) - Kumulierte Gegensätze - Gewalttätige Auseinandersetzung

Phase II: Der Bezugsrahmen der Eidgenossenschaft - Cross-Cutting-Cleavages: Solidarität mit den übrigen Romands, Katholiken, infrastrukturell und wirtschaftlich Benachteiligten in der Gesamteidgenossenschaft - Einvernehmliche Problemlösung

3. Die Folgen: Primat des Ausgleichs zentrifugaler Kräfte durch das politische System

- Ein weiterer Grund für den Erfolg der Schweiz, neben den Cross-Cutting-Cleavages, ist die Verfassung der Schweiz. Es handelt sich um eine Meisterleistung der Gründungsväter der Schweiz.
 - Vorher war es nur eine lockere Verbindung, nämlich eine Verteidigungsallianz (NATO).
 - Anschliessend neue Bedrohung von Aussen.
 - Bund soll gestärkt werden: Sonderbundskrieg (einige Kantone waren nicht einverstanden).
 - Verfassungsväter bestrafen die unterlegenen Kantone des Sonderkrieges nicht, sondern gab ihnen die gleichen Rechte wie die anderen Kantone. Die Niederlage wurde nicht ausgenutzt.
 - Die Kantone tragen immer noch den Titel „Staat“.

Das Resultat der typisch schweizerischen politisch-kulturell-wirtschaftlichen Vielfalt:

- Ein Potenzial zentrifugaler Kräfte, gemildert durch die zentripetalen Kräfte der Cross-Cutting Cleavages

Die Folgen für das politische System:

- Bereitstellung Institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Mechanismen von Konflikt und Konsens, von Autonomie und Integration:

- **Direkte Demokratie:**

Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für geografisch „nicht-konzentrierte“ Minderheiten (z.B. Interessengruppen, Parteien)

- **Föderalismus**

Gestaltungs- und Mitbestimmungs-Möglichkeiten für geografisch "konzentrierte" Minderheiten (z.B. Regionen, Kantone, Gemeinden)

- **Konkordanz**

Der Hang zum Interessenausgleich und Kompromiss unter den gesellschaftlichen Segmenten als informelle, integrierende Korrektur der negativen Folgen der direkten Demokratie und des Föderalismus auf die Regierbarkeit des Systems

- Was ist das Risiko von Demokratie und Föderalismus?
 - Die Entscheidungen sind sehr langsam.
 - Eine Interessengruppe (z.B. Kanton) kann eine Problemlösung verhindern (z.B. Verhinderung des Baus einer Autobahn über Gotthard).
- Die beteiligten Parteien/Kantone wollten aber nicht dass eine solche Blockade eintritt. Deshalb gibt es immer wieder Kompromisse. Man einigt sich immer gütlich. Ein Beispiel hierfür ist die Zauberformel des Bundesrates (SP 2, SVP 2, FDP 2,1 CVP). Man hat gelernt, dass wenn eine Partei in die Opposition geht, die Gefahr besteht, dass das System blockiert wird. Sie könnte mit den politischen Instrumenten (Volksrechte → Referendum) das System blockieren. Die regierenden Parteien müssten die Oppositionspartei fragen. Die Oppositionspartei wäre eine graue Eminenz. Damit das System funktioniert, darf es keine Oppositionspartei geben. Man nennt dies „Learning Organization“. Dies ist nicht gesetzlich festgelegt.

3.1 Direkte Demokratie

- Die direkte Demokratie bietet Mitspracherechte für Minderheiten. Eine kleine Minderheit kann eine ganze Nation zwingen, sich mit einem Anliegen auseinandersetzen.
- Die direkte Demokratie ist ein Angebot für Minderheiten, innerhalb der Schweiz glücklicher zu werden. Z.B. können die Jurassier in der Schweiz Jurassischer leben als wenn sie Teil Frankreichs oder unabhängige Republik wären.

Die Volksrechte: (auf eidgenössischer Ebene)

- **Wahlrecht**
 - **Aktives Wahlrecht** = Recht zu wählen
 - Das Schweizer System geht weiter, indem die Exekutiven durch das Volk gewählt werden (ausgenommen der Bundesrat).
 - **Passive Wahlrecht** = Recht gewählt zu werden
 - Das passive Wahlrecht geht in der Schweiz weiter als in anderen Ländern. Die Schweiz wird von Amateurpolitikern (Miliz-Parlament) bestimmt. Es handelt sich um eine Ausweitung des passiven Wahlrechts.
- **Stimmrecht**
 - **Obligatorisches Referendum**
 - Das obligatorische Referendum gilt nur für die Bundesverfassung.
 - Alle Verfassungsänderungen müssen dem Volk obligatorisch vorgelegt werden.
 - Im obligatorischen Referendum dürfen die Räte und der Bundesrat beim Volk Werbung machen. Es handelt sich um ein Antragsrecht an das Volk.
 - **Fakultatives Referendum**
 - Das fakultative Referendum gilt nur für Bundesgesetze.
 - Das Parlament und der Bundesrat beschliessen ein Gesetz.
 - Das Volk hat nun die Referendumsmöglichkeit
 - Referendumsfrist: 3 Monate
 - 50'000 Unterschriften müssen gesammelt werden und dann muss das Volk abstimmen.
 - **Initiativrecht**
 - Das Initiativrecht gilt nur für die Bundesverfassung.
 - 100'000 Unterschriften müssen gesammelt werden.
 - Das Volk stimmt darüber ab.
 - Gleichgültig welches Thema die Initiative umfasst, das Resultat kommt immer in die Verfassung. In der Verfassung gibt es mehr Artikel über das „Brennen von Schnäpsen“ als über die „Aussenpolitik“. In Deutschland z.B. darf

Verfassung vom Volk nicht angelangt werden. In den USA wurden seit 100 Jahren nur 20 Änderungen der Verfassungen gemacht. In der Schweiz schaffen wir 20 Änderungen pro Monat. Trotzdem hat dies bisher gut funktioniert. Ursache hierfür ist die obligatorische Schulpflicht.

- Eine Initiative darf aber nicht gegen das Völkerrecht verstossen (z.B. Frauen das Stimmrecht wieder weg zu nehmen, Todesstrafe). Z.B. würde eine Armeeabschaffungsinitiative gegen den Wiener Kongress verstossen, weil die Schweiz verpflichtet ist, eine „bewaffnete Neutralität“ zu führen. Die Schweiz müsste zuerst vom Wiener Kongress zurück treten.

Trend:

- Die Politik ist „unterhaltender“ geworden (z.B. SVP).
 - Abnahme der "anonymen" Partizipations-Formen (allgemeines Wahl- und Stimmrecht)
 - Zunahme der "personifizierbaren" Partizipationsformen (Initiative, fakultatives Referendum, informelle Partizipations-Formen)
- Die Zahl der Referenden und Initiativen hat zugenommen. Das System lebt. Ursache hierfür ist auch, dass die Anzahl Unterschriften nicht mehr angepasst wurden. 1890 brauchte es 10 % der Stimmberechtigten. Heute, mit dem massiven Bevölkerungswachstum, braucht es weniger als 1 %. Ursache dass dies nicht angepasst wurde ist, dass sich keine Partei traut diese direkte Demokratie anzurühren.
- Über die Performance sind sich die Politwissenschaftler nicht einig.
 - Einige sagen, das System könne nicht mit dem technologischen Fortschritt mithalten.
 - Andererseits gibt es nichts erfolgreicher als die direkte Demokratie.
 - Je stärker der Demokratisierungsgrad ist, desto grösser ist die Finanzdisziplin. Z.B. sind die Schweizer Gemeinden nur sehr wenig verschuldet. Die Gemeinderäte sind Amateurpolitiker/Milizpolitiker und jeder will seine Arbeit für sein Amt minimieren. Ein Berufspolitiker würde aber seine Arbeit maximieren wollen und sich gut hinstellen.
- Zunehmende Verbreitung der Zweifel an der angemessenen Problemlösungs-Kapazität der direkten Demokratie, gleichzeitig keimendes Neu-Interesse an der „ökonomischen Performance“ der direkten Demokratie

3.2 Föderalismus

- **Föderalismus** = Die dezentrale Verteilung staatlicher Hoheit - Bund, Kantone, Gemeinden
 - Die ehemaligen 25 Staaten würden nie einen zentralistischen Aufbau akzeptieren, sondern nur einen föderalistischen Aufbau.
 - Die Schweiz hat gar keine andere Wahl als der Föderalismus.
- **Erste Dimension: Die Autonomie der geografischen Teile (Kantone) im Ganzen:**
 - Politische Kompetenzen der Kantone und Gemeinden (Steuern, Bildung, Gerichtsbarkeit, Kultur, Verkehr, Raumplanung usw.)
- **Zweite Dimension: Die Beteiligung der geografischen Teile (Kantone) an der Steuerung des Ganzen:**
 - **Regional-paritätische Zusammensetzung des Bundesrates**
 - Regionalparitätische Zusammensetzung des Bundesrates als Zauberformel: 4 Bundesräte aus der deutschen Schweiz, 3 Bundesräte aus der lateinischen Schweiz
 - **Ständerat, garantierter Nationalrats-Sitz der Kantone**
 - Der Ständerat ist ein schwaches Organ. Die Ständeräte sind nicht verpflichtet die Politik der Kantone zu befolgen. Der Ständerat ist seiner Partei und seinem Gewissen verpflichtet. Dieser Föderalismus ist nicht so weit ausgebaut wie in Deutschland, wo der Bundesrat (Ministerpräsidenten der Länder) die Politik der Länder verfolgen müssen. Der Ständerat entspricht genau dem amerikanischen „Senat“. Er ist zu wenig föderalistisch.
 - **Ständemehr**
 - Die Initiativen und obligatorisches Referenden (nur für Verfassungsänderungen) brauchen das doppelte Mehr:
 - die Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung
 - die Mehrheit der Bevölkerung in mehr als der Hälfte der Kantone (mehr als 13 Kantone müssen zustimmen)
 - **Standesinitiative**
 - Standesinitiative: 6 Kantone zusammen können eine Standesinitiative lancieren. Dies ist bisher einmal vorgekommen, nämlich 2004.

Trend:

Abnahme des Föderalismus (Zentralisierung politischer Funktionen, Vertiefung der Integration) infolge zunehmender Mobilität und wirtschaftlich-ökologischer Interdependenz der geografischen Teile:

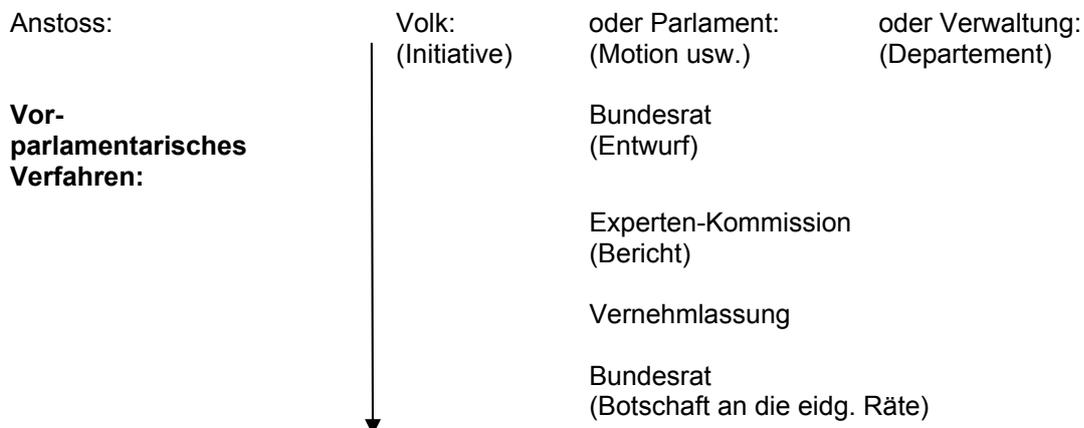
- Gemeinden ⇒ Kantone
- Kantone ⇒ Bund
- Bund ⇒ Internationale Organisationen (EU, UNO)

3.3 Konkordanz

Konkordanz (=Die dritte Säule des politischen Systems der Schweiz)

- Die Konkordanz ist ein Korrektiv. Es versucht die Gefahr der Blockierung durch Föderalismus und direkte Demokratie zu verhindern.
- **Konkordanz der Institutionen - Ständige Einbindung "referendumsfähiger" Oppositions-Gruppen in die Exekutiven und Verwaltungen:**
 - **Proporzwahl** der Exekutiven: All-Parteien-Regierungen
 - Alle Exekutiven sind Mehrparteienregierungen und geprägt von vielen verschiedenen Zauberformeln.
 - Die "**Zauberformel(n)**" Zusammensetzung des Bundesrates und teilweise der Kantonsregierungen nach Kriterien der Parteizugehörigkeit, Sprache, geografischer Herkunft, Konfession, Geschlecht usw.
 - Es gibt ganz verschiedene Zauberformeln:
 - 2/2/2/1
 - deutsche Schweiz/lateinische Schweiz
 1. Sprachzugehörigkeit ist aber nicht mehr so wichtig (z.B. Joseph Deiss ist Vertreter der französischen Schweiz)
 - früher durfte aus einem Kanton nur ein Bundesrat kommen
 1. dies ist nicht mehr der Fall, denn die Leute fühlen sich nicht mehr sehr an ihren Kanton gebunden
 2. ein Zürcher Sozialdemokrat will lieber einen Berner Sozialdemokraten als einen Zürcher Freisinnigen
 - früher gab es auch Protestantisch/Katholisch
 - neu gibt es die Geschlechter-Zauberformel
 - **Verwaltungs-"Proporz"**: Die "Zauberformeln" der Chefbeamten-Zusammensetzung
 - **Konkordanz der Mechanismen - Einbindung "referendumsfähiger" Oppositions-Gruppen von Fall zu Fall:**

Entscheidungsverfahren (z.B. Bundesebene):



**Parlamentarisches
Verfahren:**

Parlamentarische
Kommissionen
(Anträge)

National-/Ständerat

Volksabstimmung:

oblig./fak. Referendum

Vollzug:

ev. Experten-Kommission

ev. Vernehmlassung

Bundesrat
(Verordnungen)

Vollzug durch Bund,
Kantone, Gemeinden,
Verbände

▪ **Erläuterungen**

○ Mechanismen

▪ Experten-Kommission

1. Diese Kommission dient der Referendumsverhinderung. Es soll verhindert werden, dass die Gesetze schon von Anfang an scheitern.
2. Es tagt eine Arbeitsgruppe und veröffentlicht einen Bericht.

▪ Vernehmlassung

1. Die Vernehmlassung ist eine schriftliche Konsultation. Auch kleinere Verbände geben schriftlich eine Aussage.

▪ Parlamentarische Kommissionen

1. Solche sind gesetzlich nicht vorgesehen, das System hat aber gelernt, dass diese das System schneller machen.

▪ Vollzug

1. Es gibt nochmals die gleichen Konkordanzmechanismen wie im parlamentarischen/vor-parlamentarischen Verfahren.
2. z.B. wurde im vorparlamentarischen Verfahren beschlossen dass es nur 7 Fachhochschulen geben soll. Es wurde deshalb kein Referendum dagegen ergriffen, weil nicht beschlossen wurde, wo die Fachhochschulen zu stehen kommen. Dies wurde dem Vollzug überlassen.

○ Trend

- Die SVP schlägt vor, den Bundesrat durch das Volk zu wählen.
- Zunehmende Kritik an den langsamen, undurchsichtigen und qualitativ nicht überzeugenden Entscheidungsprozessen ("Zauberformeln" des Bundesrates, Verwässerung von Volksentscheiden im Vollzug, Intransparenz, „Innovationsfeindlichkeit“ usw.)
- Abnahme der Konkordanzfähigkeit infolge der Zunahme individueller Profilierung der Akteure durch die Zwänge des „Polit-Marketing“

3.4 Stärken - Schwächen

Funktionalität/Eignung...

... von ...bezüglich	Föderalismus:	Direkte Demokratie:	Konkordanz:
Entfaltungsmöglichkeiten ideologisch-politischer Minderheiten	+	+	
Realisierung von nationalen Verkehrsprojekten	-	-	○
Gesamt-Reform des politischen Systems (Totalrevision BV)	-	-	○
Reduktion Bundes Ausgaben-Budgets	-	-	○
Zufriedenheit der BürgerInnen mit dem politischen System	+	+	nicht sehr zufrieden mit Konkordanz!

- + Stärken
- - Schwächen
- ○ Milderung der Schwächen!

Zufriedenheit der Bürgerinnen mit dem politischen System

- **Schlechte**
 - Reformwunsch der Bevölkerung das System zu ändern ist sehr unbeliebt
 - Das System ist aufgrund seiner Beliebtheit schwer zu reformieren.
- **Gute**
 - Wenn das Volk entschieden hat, wird dieser Entscheid auch von den Unterlegenen akzeptiert
 - Referenden/Initiativen sind für die Schweiz dass, was für Italiener Streiks/Blockaden und Proteste sind
- Eine Beurteilung des gesamten schweizerischen Systems ist schwierig.

Sozialstaatliche Regulierungsdichte



Zunahme der Komplexität und
der Anzahl politischer Entscheidungen

Ursachen der stagnierenden Problemlösungs-Kapazität:

Technischer Fortschritt

Wirtschaftliches Wachstum



Steigender "Selbstverwirklichungs-
Bedarf" und damit steigender Bedarf
nach Mitbestimmung



Formelle/informelle Demokratisierung;
Mitbestimmungsrechte als eigenständiger ethischer Wert;
Opposition gegen Abbau der demokratischen Rechte auch
in Neben-Bereichen des Systems



Steigende Partizipation am politischen Prozess ausserhalb
der formellen Kanäle (Bürgerini-
tiativen, Petitionen, Medien usw.)



Steigende Komplexität und
Verlangsamung der politischen
Entscheidungsprozesse

4.2 Die Folgen: Verlust an Glaubwürdigkeit und Legitimation

4.2.1 Regulierungs-Lücken und Über-Regulierung

Die modernen liberal-demokratischen Staatswesen leiden zunehmend sowohl an Regulierungslücken als auch an Überregulierung:

Regulierungslücken durch Verschleppung des Gesetzgebungsprozesses in neu auftauchenden politischen Aufgaben:

Beispiele von Regulierungs-Lücken:

- Gentechnologie
- Datenschutz/Datenmissbrauch (Internet usw.)
- Asylgesetzgebung/Einwanderung
- Transnationale Politikbereiche (Verkehr, Kommunikation usw.)
- Gesundheit/Sozialwesen

„Überregulierung“ durch Verschleppung des Gesetzgebungsprozesses bezüglich des Abbaus überholter Normen:

Beispiele von Überregulierung:

- Wirtschaft und Gewerbe (Behördliche "Bewilligungen" aller Art (Bau- und Gastgewerbe usw.)

- Landwirtschaft
- Steuern (z.B. Deutschland)

4.2.2 Der "Verbändestaat" und der Niedergang der Parteien: Interesse contra Ideologie

Verbände:

Zusammenschluss von Personen gleicher, spezifischer Bedürfnisse (Interessen)

Fachexpertentum

Beschränkung der politischen Tätigkeit auf die jeweiligen Interessengebiete

z.B.

Parteien:

Zusammenschluss von Personen gleicher, umfassender Weltanschauungen und Menschenbilder (Ideologien)

Laientum

Politische Tätigkeit über alle Politikgebiete hinweg

z.B.

4.2.3 Technokratie und Elite-Herrschaft

Zunahme der Komplexität und der Anzahl politischer Entscheidungen;
 "Kalte Professionalisierung" des Parlamentes



Überforderung der Parteien und der Parteivertreter



Einfluss-Zuwachs der Verbände („Interessenpolitik“)



Abnahme der Konsensfähigkeit

Zunahme der „Technokratie“ und der Distanz zwischen Volk und "politischer Klasse" (Elite-Herrschaft)



Verlust an Glaubwürdigkeit und Legitimation ("Staatsverdrossenheit")



Emotionalisierung und Personifizierung der Politik (Polit-Marketing: "Sympathische Menschen statt komplexe Lösungen")

5. Lösungsansätze: Weniger Problemlösungs-Bedarf, mehr Problemlösungs-Kapazität

5.1 Reduktion des Problemlösungsbedarfs: De-Regulierung

De-Regulierung:

Rückzug des Staates aus ausgewählten gesellschaftlichen Steuerungs-Funktionen ("Subsidiarität") und Versorgungs-Funktionen:

z.B. Steuerung:

z.B. Versorgung:

Soziale Sicherheit

Verkehr

Wirtschaft

Telekommunikation

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Risiken:

De-Regulierung in der Versorgung: Abbau von Leistung in quasi-monopolistischen Anbietern (z.B. Schienenverkehr, Elektrizität);
oder: Neue Belastung des Staates durch Regulierung des privatisierten Angebots im Bereich des „Service Publique“ (z.B. Bildung)

De-Regulierung in der Steuerung: Verlust von politischer Stabilität in Rezessionsphasen durch Deklassierung des Mittelstandes (z.B. „working poor“)

52. Steigerung der Problemlösungskapazität: "Technische" Reformen, Abbau und qualitative Reform der Demokratie, Dezentralisierung/Zentralisierung

Organisatorische Reformen:

- Betriebswirtschaftliche Rationalisierung der staatlichen Institutionen (EDV, Telekommunikation, Prozess-Reorganisation usw.)
- Ausbau der Exekutiven und der Verwaltungen (z.B. Mehr Staatssekretäre, mehr Bundesämter, zusätzliche Führungsebenen (Minister) usw.)

Regierungsreform:

- Erhöhung der Zahl der Bundesräte und der Departemente
- Stärkung der Stellung des Bundespräsidenten (Amtszeit, Kompetenzen, Entlastung vom Departement)
- Konkurrenz-Demokratie (Regierung-Opposition)

Parlamentsreform:

- Professionalisierung
- Teilprofessionalisierung (Erhöhung der Entschädigungen, Ausbau der Parlamentsdienste (z.B. Einführung von Fachreferenten, Sekretariaten)

Abbau/Beschleunigung der Volksrechte:

- Erhöhung der Unterschriftenzahl für fakultatives Referendum (von 50'000 auf 100'000) und Initiative (von 100'000 auf 200'000)
 - 1941 - 1970: 52; 1970 - 2000: ca. 140 (> Die Hälfte seit 1890)
 - 1890: 50'000 Unterschriften = ca. 10 % der Bevölkerung
 - 2003: 100'000 Unterschriften = ca. 2 % der Bevölkerung)
- Allgemeine Volksinitiative (positiver Volksentscheid März 2003):
100'000 Stimmberechtigte können Verfassungs- oder Gesetzesänderungen in Form einer allgemeinen Anregung verlangen (Erst das Parlament bestimmt über die Aufnahme der Norm in Verfassung oder Bundesgesetz)
- Beschleunigung und Abbau der bundesrätlichen und parlamentarischen Stellungnahmen zu Volksinitiativen („Maulkorbinitiative“)
(Negativer Volksentscheid September 2001)

„Qualitative“ Reformen der Volksrechte

- Vorlage von Alternativ-Texten bei Verfassungsänderungen (Oblig. Referendum)
- Direktwahl des Bundesrates durch das Volk

Dezentralisierung/Zentralisierung:

Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Gemeinden, Kantonen, Bund und internationalen Organisationen:

- Kantone ↔ Gemeinden
 z.B.
 Zentralisierung der Versorgungsleistungen
 Finanzausgleich
- Bund ↔ Kantone
 z.B.
 Militär,
 Bildung, Ausbildung,
 Steuerharmonisierung
- Bund → Inter-/Supranationale Organisationen
 z.B.
 Zentralisierung der Aussenwirtschaftspolitik: EU;
 Zentralisierung der Sicherheitspolitik: OSZE, NATO, UNO;
 Zentralisierung der Immigrationspolitik (EU);
 Zentralisierung der Entwicklungspolitik (UNO)

5.3 Das Dilemma der Reform zwischen staatlicher Effizienz und gesellschaftlicher Stabilität

Der "fürsorgliche, demokratische und föderalistische Staat" droht mehr und mehr zu einem "gelähmten Staat" zu werden

Jede einschneidende Effizienzsteigerung (insbesondere durch De-Regulierung, Abbau der Volksrechte usw.) des Staates führt zu einer Abnahme seiner Fürsorglichkeit, seiner Demokratie und/oder seines Föderalismus zu Lasten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen.

Das Dilemma:

- Mehr Effizienz und weniger gesellschaftliche Stabilität?

oder

- Mehr gesellschaftliche Stabilität und weniger staatliche Effizienz?